

Presseschau 13.03.14 Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, russland.ru

Krim:

- Für die Krim wird es die Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft geben.
- Die Referendum-Kommission auf der Krim hat 50 Abstimmungsbeobachter aus 21 Ländern registriert, teilte Michail Malyschew, Leiter der Kommission, am Donnerstag bei einer Pressekonferenz in Simferopol mit, darunter aus Israel, den USA, Frankreich, Italien, Spanien und Griechenland.
Es handle sich um Parlamentsabgeordnete aus West- und Osteuropa sowie aus dem Europaparlament.
Die Registrierung sei noch nicht abgeschlossen
- Die Krim will ein Einreiseverbot gegen den amtierenden Präsidenten der Ukraine, Alexander Turtschinow, den Premier des Landes, Arseni Jazenjuk, und andere „Verbreiter nazistischer Losungen“ verhängen.

Ukraine:

- Während der jüngsten blutigen Ausschreitungen **in der Ukraine gestohlene Waffen** sind **auf dem Schwarzmarkt** aufgetaucht. Das teilte ein Mitarbeiter des Innenministeriums der Ex-Sowjetrepublik am Mittwoch in einem RIA-Novosti-Interview mit.
„Eine Makarow-Pistole kostet jetzt auf dem Kiewer Schwarzmarkt im Durchschnitt 5.000 Griwna (388,3 Euro)“, sagte der Gesprächspartner, der anonym bleiben wollte. Für eine Kalaschnikow-Maschinenpistole verlangten die Verkäufer etwa 16.000 Griwna. Das hohe Angebot habe die Preise stark nach unten gedrückt: bislang habe eine Makarow-Pistole 8.000 Griwna gekostet, hieß es.
Ende Februar hatten radikale Extremisten in der westukrainischen Stadt Lwow Polizeireviere gestürmt und Waffendepots geplündert. Nach Angaben des Innenministeriums wurden dabei rund 1.000 Makarow-Pistolen, mehr als 170 Kalaschnikow-MP sowie Scharfschützengewehre und Kalaschnikow-Maschinengewehre gestohlen.
- Russland schließt symmetrische Sanktionen als Antwort auf mögliche Sanktionen von Seiten der USA und der EU nicht aus, hofft aber, dass der Westen sich auf politische Sanktionen beschränken wird, ohne die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu beeinträchtigen, wie der stellvertretende russische Wirtschaftsminister Alexej Lichatschow am Donnerstag in Moskau sagte.
- Erstmals seit drei Monaten hat mit 51 Prozent eine Mehrheit der Russinnen und Russen die Meinung geäußert, dass sich das Land in die richtige Richtung entwickelt, teilte das Meinungsforschungsinstitut Levada mit.
Nur 30 Prozent äußerten sich negativ über die Politik Russlands. Bei einer ähnlichen Umfrage im Januar fielen die Anteile mit der positiven und der negativen Einschätzung mit 43 bzw. 41 Prozent nahezu gleich aus.
72 Prozent der russischen Bürger bewerten die Arbeit von Präsident Wladimir Putin positiv (im Januar waren es 65 und im Februar 69 Prozent).
Auch die Arbeit des Regierungschefs Dmitri Medwedew wird mit 59 Prozent mehrheitlich positiv eingeschätzt (48 Prozent im Januar).
Zwischen dem 7. und dem 10. März wurden mehr als 1 600 Einwohner von 130

Orten Russlands befragt.

- Die neu gegründete **Nationalgarde** soll aus Verbänden **der Selbstverteidigung des Euro-Maidans und den Einheiten der Inlandstruppen**, die den neuen Behörden treu sind, gebildet werden.
Die Nationalgarde wird auf der Basis der Inneren Truppen des Innenministeriums gebildet. Die Kopfstärke der Nationalgarde soll **rund 60 000 Mann betragen** und kann notfalls auf Beschluss des Parlaments vergrößert werden. Die Angehörigen der Nationalgarde werden möglicherweise **in den Osten und den Süden** verlegt, zum Schutz der ukrainisch-russischen Grenze.
„Sobald die erforderliche Personalstärke erreicht wird und die Gardesoldaten (etwa in der Handhabung von Schusswaffen) ausgebildet werden, werden wir Abteilungen bilden und **diese in kriminogen besonders belastete Regionen der Ukraine schicken**“, so Jarema.

Ostukraine:

- Überall regt sich Widerstand gegen die Verhaftung der Regionalregierungen. In Donezk wurde angekündigt, bis zur Freilassung des Volksgouverneurs zu demonstrieren.
Aus Odessa desertieren Matrosen und schlagen sich bis zur Krim durch.
- In Charkow planen gesellschaftliche Organisationen, eine Volksbefragung zur Föderalisierung der Ukraine zu veranstalten. Der von Kiew eingesetzte Gebietsverwalter erklärte das Vorhaben für illegal und gesetzeswidrig.
- Heute Abend kam es in Donezk zu Ausschreitungen zwischen pro-ukrainischen und pro-russischen Anhängern, bei denen ein Mensch starb und viele verletzt wurden.